



Presseecho



Nordsee Zeitung, 21. Oktober 2008

# Gebühr mit großem Abschreckungseffekt

„Eintritt“ an der Universität vielen schlicht zu teuer – Schavan hält brisante Studie unter Verschluss

Von unserem Korrespondenten  
Karl-Heinz Reith

Berlin. Die Gegner von Studiengebühren haben es schon immer gewusst – die Befürworter sind jetzt zumindest irritiert: Die in 6 unionsgeführten Bundesländern erhobenen Studiengebühren schrecken laut einer aktuellen Studie weitaus mehr junge Menschen vom Studium ab, als bisher angenommen – bis zu 18 000 allein aus dem Abiturientenjahrgang 2006. Und selbst in Bundesländern ohne Gebühren habe das neue Eintrittsgeld für „erhebliche Verunsicherung“ unter den Abiturienten geführt.

Die brisante Botschaft, zusammengefasst auf knapp 100 Seiten in einem „Projektbericht“ des Hochschul-Information-Systems (HIS), erreichte das Bundesbildungsministerium bereits Anfang

August. Doch eine solche Nachricht – ausgerechnet vor dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern, bei dem es um den immer größer werdenden Mangel von akademischen Fachkräften, um die bessere Nutzung von „Begabungsreserven“ aus bildungsfernen Schichten – also auch mehr Abiturienten und Studenten, geht?

Zu heiß vor dem Gipfel, befand das Ministerium. Abgeordnete, die nach der Studie fragten, wurden vertröstet. Erst in vier Wochen soll nun die Abiturientenbefragung des Jahrganges 2006 zusammen mit einer weiteren Befragung der Studienanfänger 2007 veröffentlicht werden – also derjenigen, die bereits in den Hochschulen sind. Und das alles zusammen interpretiert ergebe schließlich ein ganz anderes Bild, glaubt man im Ministerium. „Wir Parlamentarier sind selbst in der Lage, Daten zu interpretieren“, empört sich die

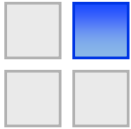
LB BW  
Befragungen  
Landesbank Baden-Württemberg

GfK

unterstützt von

Quelle: Nordsee Zeitung

© Universität Hohenheim, Lehrstuhl für Marketing, Prof. Dr. Markus Voeth (2008). <http://www.marketing.uni-hohenheim.de>



Vorsitzende des Bundestagsbildungsausschusses, Ulla Burchardt (SPD).

Seit 2004 sinkt die Studienneigung unter den Abiturienten kontinuierlich – nicht allein wegen der seit diesem Jahr in der Öffentlichkeit heftig geführten Studiengebührendebatte: Mehr Zulassungsbeschränkungen (Numerus clausus) an den Hochschulen, der mit dem neuen Studenten-Auswahlrecht der Universitäten ausgelöste Wirrwarr bei der Einschreibung und die für viele oft unklare Finanzierung des Lebensunterhalts gelten als weitere Gründe für wachsenden Studienverzicht.

Folgt man der Prognose der Kultusministerkonferenz, dann haben in den vergangenen drei Jahren bis zu 180 000 Studienberechtigte zusätzlich auf eine akademische Ausbildung verzichtet.

#### Erstmals steigen die Zahlen

Gleichwohl will Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) wie die meisten Unions-Kultusminister von einem Abschreckungseffekt durch Studiengebühren nichts wissen. Vielfach wird argumentiert, dass doch bundesweit nach drei Jahren Rückgang die Anfängerzahl 2007 erst-

mals wieder gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist, und das nicht nur bundesweit sondern zum Teil auch in Ländern, die Gebühren verlangen – wie in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Bei dieser Argumentation fehlt jedoch der Hinweis, dass derzeit die geburtenstärksten Abiturientenjahrgänge in der Geschichte der Bundesrepublik die Schulen verlassen. Im Vergleich zu 2003 gab es im vergangenen Jahr 17 Prozent mehr Abiturienten, aber fünf Prozent weniger Studienanfänger. Nur jeder zweite Gebührenzahler verspricht sich laut HIS-Studie von seinem Beitrag „verbesserte Studienbedingungen“. 45 Prozent sehen sich nicht als „fordernder“ Kunde an den Hochschulen, wie die Gebührenbefürworter dies immer herausstellen.

An der Uni Hohenheim haben Wissenschaftler einen „Gebührenkompass“ eingerichtet. Dabei wird untersucht, wie 54 Universitäten im gesamten Bundesgebiet die neuen Beiträge verwenden und ob sich tatsächlich die Studienbedingungen dadurch verbessern. Das Urteil der Zahler fiel vernichtend aus: 70 Prozent sind für die sofortige Abschaffung der Gebühren nach dem Vorbild Hessens, meldete die „Zeit“ unlängst.



Studentenprotest gegen die Studiengebühren in Düsseldorf. Die meisten unionsgeführten Bundesländer halten jedoch an der umstrittenen Abgabe fest. Foto: dpa